

A1 Überall im und auf dem Land: der liberalen, freiheitlichen und offenen Gesellschaft ein Gesicht geben

Antragsteller*in: Tobias Rohrberg, OV Petershagen/Eggersdorf

Tagesordnungspunkt: 03 Anträge zur LDK 15.3.2025

Antragstext

1 Nach dem wir aus dem brandenburgischen Landtag ausgeschieden sind, werden unsere
2 Kommunalpolitiker*innen noch stärker als das Gesicht für bündnisgrüne Werte und
3 Ideen wahrgenommen werden. Um bereits jetzt den Grundstein für einen
4 Wiedereinzug in den Landtag zu legen, müssen wir uns sowohl in den städtischen
5 Gebieten aber vor allem in den ländlichen Regionen inhaltlich wie auch
6 strukturell breiter aufstellen. Das ist auch deswegen dringlich, weil die
7 brandenburgische Landesregierung aus SPD/BSW eine Wackelpudding-Koalition ist,
8 deren Halbwertszeit mehr als ungewiss erscheint. Schneller als gedacht, können
9 wir auch in Brandenburg wieder vor Neuwahlen stehen.

10 Unser Angebot: eine liberale, freiheitliche und offene Gesellschaft vor Ort

11 Eine offene, liberale und freiheitliche Gesellschaft basiert auf Prinzipien, die
12 Freiheit, Pluralität und den respektvollen Diskurs in den Mittelpunkt stellen.
13 Diese Werte sind nicht nur abstrakte Ideale, sondern finden ihre Verwirklichung
14 vor Ort, in den Kommunen in denen wir leben. Eine solche Gesellschaft ist kein
15 fertiger Zustand, sondern ein fortwährender Prozess, der Mut, Engagement und den
16 kritischen Diskurs erfordert.

17 Eine offene Gesellschaft, die Freiheit und Fortschritt ermöglicht, setzt ein
18 gesellschaftliches Klima voraus, das Kritik zulässt und verschiedene Meinungen
19 wertschätzt auch wenn sie manchmal schwer zu ertragen sind. Offenheit bedeutet
20 demnach, nicht an vermeintlich unumstößlichen Wahrheiten festzuhalten, sondern
21 Raum für Debatten und konstruktive Veränderungen zu schaffen. Diese Offenheit
22 ist insbesondere auf lokaler Ebene von Bedeutung, wo unterschiedliche
23 Lebensentwürfe, Ansichten, kulturelle Hintergründe und eine zunehmende
24 politische Spaltung direkt aufeinandertreffen. Wir sehen es als unsere Aufgabe
25 vor Ort an, diesen Raum für Vielfalt zu schützen, für Mehrheiten und
26 Minderheiten gleichermaßen und weiter auszubauen, indem wir Vorurteile abbauen,
27 den Dialog fördern und allen Bürger*innen die Möglichkeit zur Teilhabe geben.
28 Eine freie Gesellschaft lebt von den Menschen, die sich vor Ort einbringen und
29 Verantwortung übernehmen.

30 Bei der Gestaltung von Teilhabeprozessen und gesellschaftlicher Diskussion ist
31 es essenziell, die ostdeutschen Erfahrungen, Denkweisen und spezifischen
32 Lebensrealitäten einzubeziehen. Besonders im Hinblick auf die tiefgreifenden
33 Umbrüche der Nachwendezeit sollten die Ursachen und Auswirkungen von Differenzen
34 thematisiert werden, um Verständnis, Anerkennung und Vertrauen zu fördern. Nur
35 durch eine offene Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und den daraus
36 resultierenden Herausforderungen können wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt
37 stärken und eine demokratische Kultur auf Augenhöhe fördern.

38 Eine offene Gesellschaft, wie wir sie anstreben, muss daher die Balance zwischen
39 individueller Freiheit und sozialer Verantwortung finden. Es geht darum, den
40 Einzelnen in seiner Einzigartigkeit zu stärken, ohne dabei die Gemeinschaft aus
41 dem Blick zu verlieren. Auf kommunaler Ebene bedeutet dies, Strukturen zu

42 schaffen, die Teilhabe ermöglichen: durch transparente Entscheidungsprozesse,
43 offene Bürgerbeteiligung und einen gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen wie
44 Bildung, Kultur und sozialer Unterstützung. Gleichzeitig müssen wir uns gegen
45 Tendenzen wehren, die Offenheit und Vielfalt gefährden – sei es durch Intoleranz
46 ob religiöser oder politischer Natur, durch Ausgrenzung oder den Rückzug hinter
47 Mauern in abgeschottete Denkweisen.

48 Vor Ort, in den Gemeinden und Kommunen, wird dieses Angebot einer freien,
49 offenen Gesellschaft erlebbar. Unser Angebot ist daher mehr als ein politisches
50 Ziel – es ist die Einladung, gemeinsam an einer Gesellschaft zu arbeiten, die
51 Freiheit nicht nur schützt, sondern auch aktiv gestaltet.

52 Stadt und Land gemeinsam denken – für eine zukunftsfähige Entwicklung

53 Um eine nachhaltige und gerechte Zukunft zu gestalten, ist es unabdingbar, die
54 Anliegen, Sorgen und Nöte der ländlichen Regionen stärker in den Blick zu
55 nehmen. Ländliche Räume stehen oft im Zentrum zentraler gesellschaftlicher und
56 ökologischer Herausforderungen. So wird beispielsweise die Energiewende mit
57 Windkraft- und Photovoltaikanlagen gerade auf dem Land konkret umgesetzt. Diese
58 Projekte ebnen den Weg zu einer klimaneutralen Energieversorgung, lösen jedoch
59 häufig auch Konflikte vor Ort aus – etwa durch Bedenken hinsichtlich des
60 Landschaftsbildes oder einer unzureichenden Einbindung der betroffenen
61 Bevölkerung.

62 Auch der Klimaschutz zeigt sich in ländlichen Gebieten durch Maßnahmen wie die
63 Wiedervernässung von Mooren ganz direkt. Während solche Projekte einen
64 entscheidenden Beitrag zur Bindung von CO₂ leisten, stellen sie für Landwirte
65 und andere Betroffene erhebliche Herausforderungen dar, da wertvolle
66 Bewirtschaftungsflächen verloren gehen können. Ähnlich ambivalent ist der
67 Artenschutz zu bewerten, der sich durch die Rückkehr des Wolfes gerade in
68 ländlichen Räumen konkretisiert. Obwohl die Rückkehr bedrohter Arten befördert
69 wird, sorgen sie zugleich für Verunsicherung und wirtschaftliche Belastungen,
70 insbesondere bei Weidetierhaltern.

71 Zugleich greifen viele politische Lösungen, die auf städtische Herausforderungen
72 zugeschnitten sind, in ländlichen Gebieten oft nicht. So verpufft beispielsweise
73 auf dem Land das Anliegen den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs auszubauen,
74 wenn Busse und Bahnen aufgrund von geringen Taktzeiten oder einer mangelhaften
75 Erreichbarkeit für die Bevölkerung kaum nutzbar sind. Auch die Digitalisierung
76 zeigt Schwächen, da viele ländliche Regionen bis heute nicht flächendeckend mit
77 schnellem Internet versorgt sind. Diese Defizite verdeutlichen, dass eine
78 stärkere Abstimmung zwischen Stadt und Land dringend notwendig ist, um die
79 Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse aber auch der unterschiedlichen
80 Lebensentwürfe zu gewährleisten.

81 Stadt und Land sind in vielerlei Hinsicht eng miteinander verbunden und
82 voneinander abhängig. Ländliche Räume leisten beispielsweise einen Beitrag zur
83 Lebensmittelversorgung und stellen Energie bereit, die in den Städten konsumiert
84 werden, während städtische Ballungszentren wiederum Dienstleistungen bieten, die
85 für alle essenziell sind. Zudem beeinflussen demografische Entwicklungen, wie
86 die Abwanderung junger Menschen aus vielen brandenburgischen Landkreisen und die
87 damit einhergehende Überalterung der ländlichen Regionen, die langfristige
88 Lebensfähigkeit des ländlichen Raums erheblich. Durch gezielte Förderung von

89 Arbeitsplätzen und einer höheren Lebensqualität auf dem Land muss dieser Trend
90 gebremst werden.

91 Auch die Ressourcenknappheit in Städten könnte durch eine engere Zusammenarbeit
92 mit dem Umland entschärft werden, etwa durch die Förderung regionaler
93 Versorgungsketten oder gemeinsamer Wohnbauprojekte. Darüber hinaus trägt das
94 kulturelle Leben in ländlichen Regionen, mit der Pflege brandenburgischer
95 Traditionen, Veranstaltungen und einzigartigen Naturlandschaften, wesentlich zur
96 gesellschaftlichen Vielfalt und dem Zusammenhalt bei.

97 Um diese Herausforderungen und Potenziale zu adressieren, bedarf es eines
98 überregionalen Ansatzes. Maßnahmen wie regionale Wertschöpfungsinitiativen,
99 Bürgerforen oder flexible Mobilitätsangebote können die Akzeptanz politischer
100 Entscheidungen erhöhen und die Lebensqualität in ländlichen Gebieten deutlich
101 verbessern. Ebenso ist es dringend erforderlich, die digitale Infrastruktur
102 flächendeckend auszubauen, um das Arbeiten und Leben auf dem Land attraktiver zu
103 machen. Die Herausforderungen unserer Zeit verlangen eine Politik, die Stadt und
104 Land gleichermaßen einbezieht und diese Perspektiven sinnvoll miteinander
105 verbindet.

106 Mensch und Argument im Mittelpunkt - Umgang mit der AfD

107 Gerade in ländlichen Regionen erfährt die AfD in Brandenburg eine starke
108 Zustimmung. Wir lehnen eine Zusammenarbeit mit der AfD ab, weil wir eine
109 völlig gegensätzliche Haltung haben und Vertreter*innen der Partei gesichert
110 rechtsextrem sind. Wir stehen auf dem Fundament des Grundgesetzes, für eine
111 liberale, eine freiheitliche, eine offene Gesellschaft. Daran messen wir in den
112 kommunalen Parlamenten die Anträge und Kandidierenden aller Parteien, auch die
113 der AfD und stimmen auf Basis dieser Werte darüber ab. Deswegen begegnen wir
114 auch der AfD in der politischen Arbeit mit inhaltlichen Argumenten, um deren
115 Wähler*innen für das demokratische Parteienspektrum und liberale Werte
116 zurückzugewinnen. Wir wissen, dass Menschen sich nicht nur durch inhaltliche
117 Argumente überzeugen lassen und oft Entscheidungen auch emotional getroffen
118 werden. Gleichzeitig wollen wir bei sachlichen Fragen sachlich bleiben. Dabei
119 darf die klare und unmissverständliche Abgrenzung zu Funktionär*innen und
120 Sympathisant*innen der AfD, die sich rassistisch, frauenfeindlich, ausgrenzend
121 und menschenverachtend äußern, keine Mauer zu ihren Wähler*innen sein. Diese
122 sind oftmals im Gegensatz zu vielen Parteifunktionär*innen nicht rechtsextrem
123 oder demokratiefeindlich. Sie kommen oftmals aus der Mitte der Gesellschaft. Wir
124 dürfen die Debatten nicht einseitig auf die Abgrenzung fokussieren, sondern
125 aufnehmen, was deren Wähler*innen und die Mitte der Gesellschaft im Alltag
126 beschäftigt.